

Statement

Stuttgart, 29.09.2026

Runder Tisch verpflichtendes und kostenfreies letztes Kindergarten Jahr

Sehr geehrter Herr Minister Jung,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zu diesem Runden Tisch.
Der Landeselternbeirat begrüßt es sehr, dass hier so unterschiedliche Perspektiven zusammengeführt werden – denn nur im Zusammenspiel von Trägern, Fachkräften und Elternvertretungen kann eine fachlich fundierte, breit getragene und praxistaugliche Lösung entstehen.

Wir diskutieren heute über ein Vorhaben, das auf den ersten Blick einfach klingt – ein kostenfreies, verbindliches Vorschuljahr für alle Kinder – und das bei genauerem Hinsehen fast jede Ebene unseres Bildungssystems berührt: die Kita, die Grundschule, die Gesundheitsversorgung und nicht zuletzt die Familien selbst.

Warum dieser Schritt sinnvoll erscheint

Vier Gründe sprechen aus LEB-Sicht für ein solches verbindliches Kitajahr:

Erstens würde es die bereits stark ausgelasteten Juniorklassen spürbar entlasten.

Zweitens könnte es einer Ghettoisierung entgegenwirken. Viele mehrsprachige Kinder wachsen zu Hause mit ihrer Herkunftssprache auf und kommen – oft wegen Platzmangels – erst spät, mitunter erst mit fünf oder fünfeinhalb Jahren, in die Kita. Der Erwerb der deutschen Zweitsprache beginnt dann entsprechend spät.

Drittens ermöglicht ein früherer, professionellerer Zugang eine bessere Diagnostik: Welche Kinder haben besonderen Förderbedarf, wer braucht Sprachförderung, wer eher therapeutische Unterstützung? Das setzt allerdings eine enge Kooperation mit Gesundheitsämtern und Fachpersonal aus Gesundheitsberufen voraus, um sprachentwicklungsverzögerte oder anders therapiebedürftige Kinder frühzeitig zu erkennen.

Geschäftsstelle

Silberburgstraße 158
70178 Stuttgart

Telefonsprechstunde

Dienstag, Donnerstag
8:30 bis 12:00 Uhr

Vorstand

Vanessa Scholz
(Vorsitzende)
Susanne Balzer
Georg Beier
Jörg Vettermann
Chrissy Bach
Friedhelm Biene
Stephanie Wieland

Kontakt

Tel. 0711 741094
www.leb-bw.de
info@leb-bw.de

Viertens braucht es schlicht mehr Zeit und Struktur für die Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule, damit der Übergang gelingt.

Wo die Zweifel beginnen

So überzeugend diese Argumente klingen, so viele offene Fragen wirft die konkrete Umsetzung auf.

Zunächst fehlt es vielerorts schon heute an Erzieherinnen und Erziehern – teilweise sogar an Kita-Plätzen selbst. Ein zusätzliches, verpflichtendes Jahr verschärft diesen Mangel, statt ihn zu lösen.

Auch ist unklar, was „verpflichtend“ konkret bedeuten soll. Genügt der Besuch einer Kita? Gibt es Alternativen? Und welche Konsequenzen hätte eine Nichtteilnahme – Ordnungsgeld, Jugendamt, im Zweifel sogar behördlicher Zwang? Das sind keine kleinen Verwaltungsfragen, sondern berühren unmittelbar Familien und Kinder, etwa wenn Trennungsängste eine Rolle spielen.

Auch die Qualitätsfrage bleibt offen: Kleinere Gruppen, echte Sprachförderung, professionelle Verlaufsdagnostik, Fortbildung der Fachkräfte – all das kostet Geld und Personal, das aktuell nicht vorhanden ist. Und ganz praktisch: Wo sollen die Räume dafür herkommen, wenn schon jetzt weder Kitas noch Schulen Platz für Differenzierungsangebote haben? Wird das Vorschuljahr wohnortnah organisiert, damit Kinder ihren sozialen Anschluss behalten – oder dort, wo zufällig Platz ist? Und wer finanziert und organisiert dann den Transport?

Nicht zuletzt fehlt uns aktuell ein klarer Zeitplan: Wann werden die rechtlichen Grundlagen geschaffen, wann das Gesetz verabschiedet, wann beginnt die tatsächliche Umsetzung – und ist die Finanzierung über den Landeshaushalt überhaupt gesichert? Gibt es realistische Übergangsregelungen für Regionen mit besonders ausgeprägtem Fachkräftemangel?

Gehen wir noch weiter und stellen das Vorhaben grundsätzlich infrage. Das Argument: Ein strukturelles Problem der Grundschule – mangelnde Chancengleichheit, der Umgang mit unterschiedlichen Wissensständen, Personalmangel – würde damit einfach eine Ebene tiefer, in die Kita, verschoben. Dort fehlen aber schon jetzt auf allen Ebenen die Ressourcen. Hinzu kommt: Kita-Besuch ist heute freiwillig, eine Anwesenheitspflicht müsste also erst aufgebaut und kontrolliert werden. Und schon jetzt gibt es in der Praxis kaum eine „echte“ Vorschule mit gezielter Sprachförderung – meist blieben es gemeinsame Projekte und wenige Kooperationsstunden mit der

Grundschullehrerin, die eher der Einschätzung als der Förderung der Kinder dienen.

Unser Fazit

Sprachliche Förderung: eine gute Idee. Vorbereitung auf die Schule: ebenfalls. Bei der emotionalen und sozialen Entwicklung der Kinder sind wir zurückhaltender – hier sehen wir weder Kita noch Grundschule aktuell ausreichend aufgestellt, insbesondere wenn feste Altersgrenzen individueller Reife keinen Raum mehr lassen.

Am Ende steht und fällt dieses Vorhaben mit einem einzigen Wort: Qualität. Und Qualität bedeutet hier ganz konkret: zusätzliches Personal, auskömmliche Finanzierung und eine gut verzahnte Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule. Ohne diese drei Voraussetzungen bleibt das verbindliche Vorschuljahr eine gute Absicht – auf dem Rücken der Kinder, die am Ende die Leidtragenden wären, wenn Räume, Konzepte und Personal fehlen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit!